

SPÖ-Lehrlingspaket

Bildungspolitische Vorschläge zur
Verbesserung der Lehrlingsausbildung

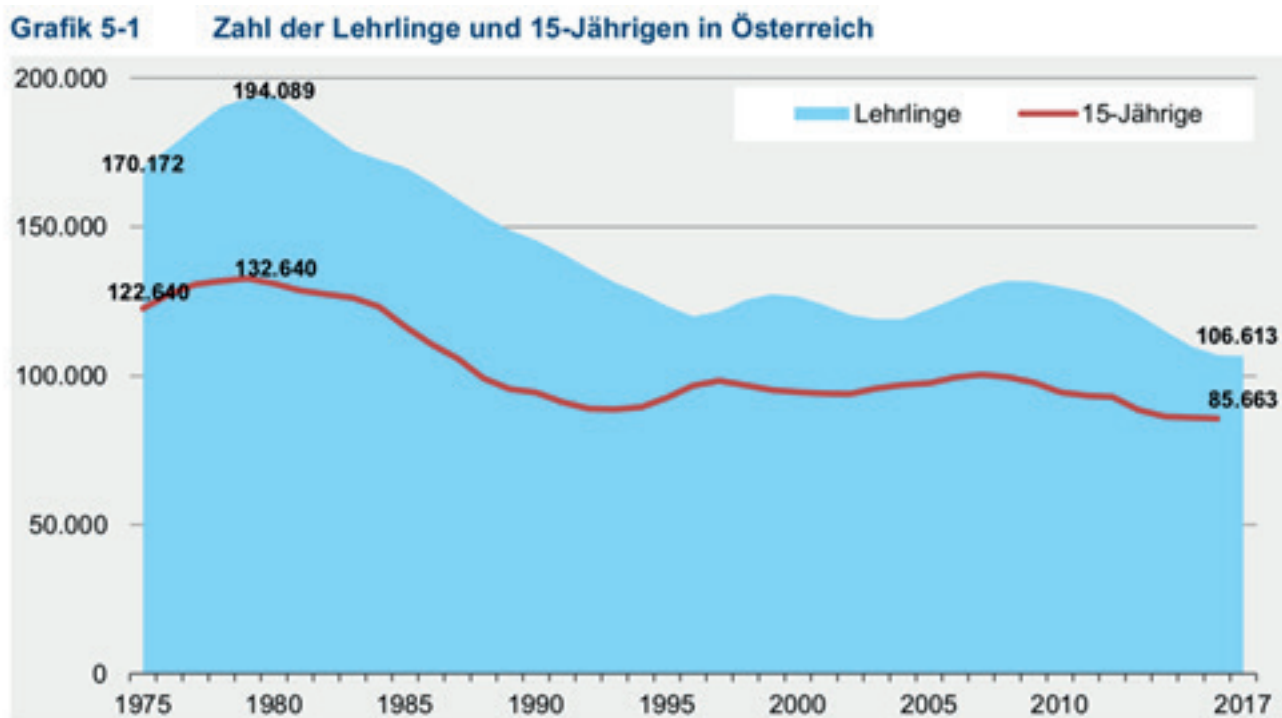
SPÖ-Lehrlingspaket

Bildungspolitische Vorschläge zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung

Ausgangssituation

Interesse an der Lehrausbildung tendenziell rückläufig

Wie die Grafik zeigt, beginnen immer weniger junge Menschen eine Lehre. 2018 stieg die Zahl der Lehrlinge konjunkturbedingt gegenüber 2017 glücklicherweise wieder leicht.



Quelle: Wirtschaftskammer Österreich: Lehrlingsstatistik (Ende Dezember des jeweiligen Jahres) und Statistik Austria: 15-Jährige im Jahresdurchschnitt
Datenabfrage (15-Jährige): 10.4.2018, letzte Aktualisierung: 23.5.2017.
Anmerkung: Die Zahl der 15-Jährigen im Jahresdurchschnitt 2017 lag zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Publikation noch nicht vor. Die Zahl von 85.663 15-Jährigen bezieht sich auf das Jahr 2016.

Quelle: Dornmayr/Löffler 2018, 102

Lehrlingspolitik der Ibiza-Koalition:

In Sonntagsreden und im Regierungsprogramm betonte die Ibiza-Koalition gerne die Bedeutung der Lehre. Vor allem sollte eine Image-Politik dazu führen, dass sich junge Leute wieder vermehrt für die Lehre interessieren. Die Ibiza-Koalition hat aber nicht viel getan, um dieses Ziel zu erreichen. Im Gegenteil:

- durch die **Kürzung der Lehrlingsentschädigung** in der überbetrieblichen Lehrlingsausbildung hat man Lehrlingen, die keine betrieblichen Lehrplätze gefunden haben, das Entgelt zusammengestrichen – zynisch, wenn man bedenkt, dass diese Jugendlichen in der Regel keinen adäquaten betrieblichen Ausbildungsplatz angeboten bekommen haben. Wertschätzung für engagierte junge Menschen sieht anders aus.
- Türkis-Blau steigerte den **Druck am Arbeitsmarkt** durch das Hereinholen von **Billigarbeitskräften** von außerhalb der EU (RWR-Card: geplante Absenkung der Einkommensgrenzen, durchgeführte Regionalisierung = Vergrößerung der Mangelberufsliste).

- junge AsylwerberInnen mit Lehrplatz mussten wegen der Politik der Ibiza-Koalition ihre Ausbildung abbrechen, was auch den Unternehmen schadet. Grundsätzlich wird jungen AsylwerberInnen der Zugang zur Lehre verbaut, während ein Schulbesuch für gleichaltrige AsylwerberInnen weiterhin möglich ist. Ein **fatales Signal in Richtung Abwertung der Lehre**. (Das hat sogar Ex-Vizekanzler Mitterlehner kritisiert.)
- **Einführung des 12-Stunden-Tages wirkt sich auch auf Lehrlinge über 18 Jahre aus:** Lehrlinge sollten neben der Arbeit auch noch Zeit zum Lernen haben.

Im Regierungsprogramm versprach die Ibiza-Koalition, die „**Lehre durch mehr Durchlässigkeit und moderne Ausbildungsmöglichkeiten attraktiver [zu] machen**“ und die **Lehre mit Matura weiter zu attraktiveren**. Nichts von dem hat Türkis-Blau getan.

Was bräuchte es also?

- Die Image-Verbesserung der Lehre darf nicht nur eine leere Worthülse sein. Die Lehre als Bildungsweg hat nahezu übermächtige Konkurrenz. Ein Uniabschluss gilt in der öffentlichen Wahrnehmung, am Gehaltszettel, bei Karrieremöglichkeiten und bei dem, was sich viele Eltern für ihr Kind wünschen, im Vergleich zum Lehrabschluss oft als überlegen. Dieses Ungleichgewicht gilt es zu beheben. Der Lehrabschluss als Bildungsabschluss ist im Vergleich zu schulischen Abschlüssen im Nachteil. So sind etwa der Meisterabschluss oder die Wiederholung der Lehrabschlussprüfung kostenpflichtig, während Schule und Studium weitgehend gebührenfrei sind. Für den Zugang zur Universität wird über die Meisterprüfung hinaus auch noch eine Matura oder eine Studienberechtigungsprüfung benötigt. Es braucht also Maßnahmen für mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem. Die Lehre soll **Chancen eröffnen** und nicht als Sackgasse empfunden werden.
- Außerdem wird die Lehre für Lehrlinge dann attraktiver, **wenn eine Reform bei den Bedürfnissen der Lehrlinge ansetzt**. Das vermischen wir allerdings komplett: Laut Lehrlingsmonitor der Arbeiterkammer und Österreichischen Gewerkschaftsjugend 2017/18 ist fast jeder fünfte Lehrling mit den betrieblichen Ausbildungsbedingungen gar nicht zufrieden. Es braucht also auch Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen.

SPÖ-Vorschläge

Digitalisierung

Ähnlich wie im Schulbereich braucht es eine **entsprechende Ausstattung mit Tablets und WLAN an den Berufsschulstandorten** (Kosten sind vom **Bund** zu tragen). Bereits jetzt gibt es eine Kluft zwischen jenen Betrieben, die wenig digitalisiert sind und solchen, die die Digitalisierung bereits stark nutzen. Solche Unterschiede sollen im Rahmen der Berufsschule bestmöglich kompensiert werden.

Mit mehr Zug zum Tor: Erfolgsquoten steigern

Rund ein Viertel der Lehrlinge schließt derzeit die Ausbildung nicht erfolgreich ab, sei es, weil sie gar nicht zur Lehrabschlussprüfung antreten oder diese nicht erfolgreich absolvieren. Ein Problem liegt in der mangelnden Unterstützung der Lehrbetriebe bei der Vorbereitung für die Lehrabschlussprüfung (LAP). Nur 58% der Lehrlinge geben an, bei der Vorbereitung zur LAP vom Lehrbetrieb unterstützt zu werden. Außerdem mangelt es an laufendem Feedback zum Erlernen, da erst gegen Ende der Lehre ein Großteil des Stoffes abgeprüft wird:

- **Verbesserungen rund um die Lehrabschlussprüfung:** Wir brauchen Anreize für die schnelle Absolvierung der Lehrabschlussprüfungen; je weiter die Lehrabschlussprüfung vom Ende der Lehre entfernt ist, desto häufiger wird sie gar nicht mehr gemacht. Es muss sichergestellt werden, dass keine Wartezeiten

nach Abschluss der Berufsschule entstehen und Lehrlinge auch wirklich zur Prüfung antreten. Deshalb wollen wir einen **Rechtsanspruch auf eine Lehrabschlussprüfung innerhalb von einem Monat**. Um für ausreichend qualifizierte **PrüferInnen** aus den Betrieben zu sorgen, sollen diese in Zukunft **Anspruch auf Dienstfreistellung für die Zeit der Prüfung** haben. Äußerst unbefriedigend ist die Situation rund um die Kostentragung der Lehrabschlussprüfung: Den ersten Antritt hat derzeit der Ausbildungsbetrieb zu bezahlen, fällt ein Lehrling bei der Prüfung durch, muss er den wiederholten Antritt selbst bezahlen. Im Schulsystem wäre dies undenkbar. In Zukunft soll deshalb die Gebühr für die Lehrabschlussprüfung (unabhängig von der Anzahl der Antritte) von der öffentlichen Hand getragen werden (**Gratis-Lehrabschlussprüfung**).

- Wir wollen eine **regelmäßige Überprüfung des Ausbildungsfortschritts durch Kompetenzchecks für Lehrlinge**. Das soll die Vorbereitung auf die Lehrabschlussprüfung, die in Zukunft ebenfalls digitalisiert werden soll, verbessern. Pilotprojekte z.B. bei der Friseurausbildung zeigen, dass solche Kompetenzchecks zu deutlich besseren Ergebnissen bei der Lehrabschlussprüfung führen.
- Ein erfolgreicher Abschluss soll zudem auch belohnt werden: Lehrlinge sollen nach erfolgter Ausbildung dies auch anerkannt bekommen, um z.B. auf Lehrabschlussreise fahren zu können. Dafür soll es **eine Woche bezahlten Lehrabschlussurlaub** geben.

Qualität der Lehrlingsausbildung im Betrieb steigern

Vor allem in den kleinen Betrieben führt der steigende Kostendruck dazu, dass immer weniger Zeit für Lehrlinge und deren Ausbildung bleibt. Auch die Qualität der AusbilderInnen variiert. Insbesondere in kleinen Unternehmen besteht wenig belastbares berufspädagogisches Wissen (ist jeder guter Tischler auch ein guter Ausbilder?) verbunden mit wenig Basis für moderne Lehr- und Lernformen (Digitalisierung, selbstgesteuertes Lernen). Eine systematische Qualitätssicherung betrieblicher Ausbildungsqualität besteht – ganz im Unterschied zum restlichen Ausbildungssystem – nicht. Es braucht daher:

- **„Train the Trainer Maßnahmen“**: bessere und regelmäßige Weiterbildungsmaßnahmen (Stichwort Digitalisierung) für AusbilderInnen (z.B. organisiert durch Sozialpartner).
- Die derzeit an Lehrbetriebe ausbezahlte **Lehrlingsförderung soll an Qualitätskriterien** geknüpft werden. Im Abschlussjahr soll die **Lehrlingsförderung erst nach erfolgreich absolvierter Lehrabschlussprüfung** ausbezahlt werden, dass motiviert den Ausbildungsbetrieb zusätzlich den Lehrling zu unterstützen („nudging“).
- **Unterstützung für kleine Ausbildungsbetriebe** – dafür soll die von der Wirtschaftsministerin angekündigte Erhöhung der betrieblichen Lehrstellenförderung um 10 Mio. Euro eingesetzt werden. (Unterstützung bei Erstellung des Ausbildungsplanes im Betrieb, Unterstützung bei zwischenbetrieblichen Ausbildungsschritten, laufende Qualitätssicherung der Ausbildung mit Ziel besserer Erfolg bei LAP; Unterstützung bei sozialen Problemen).

Gute Arbeitsbedingungen als Anreiz

Darüber hinaus sind Lehrlinge nicht nur in einem Ausbildungsverhältnis, sondern sind natürlich auch in betriebliche Abläufe und von den dort vorherrschenden Arbeitsbedingungen betroffen. Damit haben auch Lehrlinge mit arbeitsrechtlichen Problemen zu kämpfen.

- Eine **stärkere Kontrolle** und Sanktionierung von verbotenen Überstunden sollen gute Arbeitsbedingungen auch für Lehrlinge sichern. Mit der Novelle des Arbeitszeitgesetzes gilt der 12-Stunden-Tag bzw. die 60-Stunden-Woche auch für Lehrlinge, die über 18 Jahre alt sind. Da gerade Lehrlinge aber neben der Arbeit auch noch lernen müssen, muss diese Gruppe dringend von diesem Gesetz ausgeklammert werden. Auch für Freizeitgestaltung (Sport, Freiwilligentätigkeit, soziale Kontakte etc.) muss noch Zeit bleiben.
- Außerdem wollen wir sicherstellen, dass Lehrlinge auch fair bezahlt werden: das ist nicht nur Zeichen des Respekts, sondern für viele auch eine Frage des Überlebens. Denn gerade, wer eine Lehre erst mit

18 Jahren oder später beginnt, kommt nur schwer mit der Lehrlingsentschädigung über die Runden. Wir wollen daher, dass jeder Lehrling ab dem **1. Lehrjahr 850 Euro** erhält.

- **Gratis Führerschein:** Lehrlinge sollen im Rahmen der Berufsschule die Möglichkeit bekommen, kostenlos den Führerschein zu machen.

Mehr Wertschätzung und bessere Durchlässigkeit

Der Lehrabschluss als Bildungsabschluss ist hinsichtlich der Anschlussfähigkeit für weitere Ausbildungen nicht optimal. Für den Zugang zur Universität wird eine Matura benötigt. Um für mehr Durchlässigkeit zu sorgen, hat die SPÖ unter anderem die Lehre mit Matura ins Leben gerufen. Nach einigen Jahren Laufzeit und Erfahrung sehen wir Verbesserungsmöglichkeiten.

- Um die Attraktivität der Lehre mit Matura zu steigern, wollen wir einen **Rechtsanspruch auf Bildungsfreistellung** während der Vorbereitungszeit für die Matura.
- Gleichzeitig wollen wir aber auch für **AbsolventInnen der Lehrabschlussprüfung den Weg zu einem Hochschulabschluss erleichtern**. In Studienfächern, die bereits zugangsbeschränkt sind, soll in Zukunft das Bestehen der Aufnahmeprüfung für den Zugang zum Studium reichen. Auch auf den Fachhochschulen reicht der Lehrabschluss, um sich für einen Studienplatz zu bewerben. Damit ersetzt die Aufnahmeprüfung die Überprüfung der Fähigkeiten und der notwendigen Vorkenntnisse für den Zugang zu einem Studium. Für alle nicht zugangsbeschränkten Studiengänge bleibt weiterhin der Maturaabschluss oder alternativ die Berufsreifeprüfung Zugangsvoraussetzung.
- Die **Meisterprüfung** soll – wie die Matura – **gratis** sein.
- Zusätzlich soll die Durchlässigkeit zwischen Schule und Lehre verbessert werden – durch bessere **Anrechnung der Schulzeiten auf die Lehrausbildung und der Lehrzeiten auf die Schulzeiten**. Das eröffnet Lehrlingen und SchülerInnen aus AHS und BMHS flexiblere Bildungs- und Ausbildungswege und Berufskarrieren.
- **Sprachmonat für Lehrlinge:** Gratis-Sprachkurse im Ausland (z.B. vier Wochen) und Austauschprogramme (z.B. Pilotprojekt AK und WK Niederösterreich), die WK soll hier initiativ werden und bei ihren Mitgliedsbetrieben dafür werben sowie die Organisation übernehmen (Erasmus-Finanzierung, Reiseorganisation, Betreuung vor Ort etc.).
- **Öffentlicher Dienst** soll mit gutem Beispiel vorangehen: 500 neue Lehrlinge zusätzlich aufnehmen.